



Niedersachsen

NIEDERSÄCHSISCHE STAATSKANZLEI



Die Niedersächsischen Ministerpräsidenten

Zehn Kurzbiografien





Niedersachsen

-

DIE NIEDERSÄCHSISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN

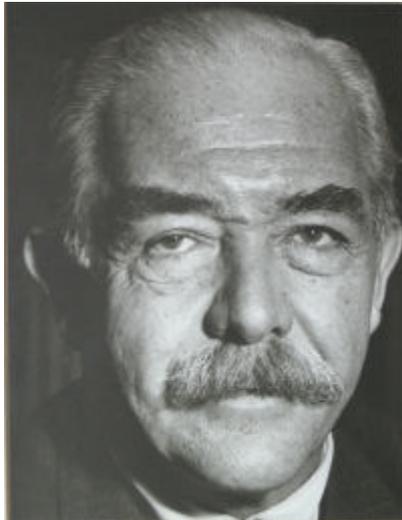
Zehn Kurzbiografien

Inhalt

Hinrich Wilhelm Kopf (1947 – 1955 und 1959 - 1961)	4
Heinrich Hellwege (1955 - 1959)	7
Dr. Georg Diederichs (1961 - 1970)	9
Alfred Kubel (1970 – 1976)	11
Dr. Ernst Albrecht (1976 – 1990)	14
Gerhard Schröder (1990 - 1998)	16
Gerhard Glogowski (1998 - 1999)	18
Sigmar Gabriel (1999 - 2003)	20
Christian Wulff (2003 - 2010)	22
David McAllister (seit 2010)	24

Hinrich Wilhelm Kopf (1947 – 1955 und 1959 – 1961)

Erster Niedersächsischer Ministerpräsident



Der erste Ministerpräsident des Landes Niedersachsen wurde am 6. Mai 1893 in Neuenkirchen im Land Hadeln geboren. In dieser ländlichen Region an der Nordseeküste verbrachte er seine Kindheit. Nach dem Besuch der Volksschule seines Geburtsortes absolvierte er das Realprogymnasium in Otterndorf und besuchte danach die Höhere Staatsschule in Cuxhaven. Im Alter von 16 Jahren beendete er seine Schulzeit und reiste in die Vereinigten Staaten. Nach neun Monaten kehrte er nach Deutschland zurück und besuchte als „Fremder“ das Gymnasium Andreaneum in Hildesheim. Dort legte er 1913 das Abitur ab. Im Anschluss begann er eine Ausbildung in der Landwirtschaft. 1914 nahm er ein Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an der Philipps-Universität Marburg auf und wechselte später an die Georg-August-Universität Göttingen. Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges meldete er sich als Freiwilliger, wurde aber aus gesundheitlichen Gründen als dienstunfähig entlassen. Er nahm sein Studium wieder auf und legte im April 1917 seine Erste Juristische Staatsprüfung ab, der ein Referendariat beim Amtsgericht in Otterndorf folgte. Nachdem eine Besserung seines gesundheitlichen Zustands eingetreten war, meldete er sich erneut freiwillig zum Wehrdienst und wurde zur Marine eingezogen. Bei Kriegsende im November 1918 arbeitete Kopf im Soldatenrat in Cuxhaven als Leiter der juristischen Kommission mit.

An diese Tätigkeit schloss sich ein Referendariat beim Landgericht Göttingen an. 1919 wechselte er nach Bielefeld, wo er ein Presseamt bei der Stadtverwaltung einrichtete und dann auch leitete. Im gleichen Jahr trat er der SPD bei und wurde Persönlicher Referent des Reichsministers des Innern Dr. Eduard David. Ab 1919 war er erst im Preußischen, später im Thüringer Innenministerium als Regierungsrat tätig, dort war er Leiter der kasernierten Polizei. Während der Zeit der

Inflation schied er aus dem Staatsdienst aus und wechselte in das Bank- und Versicherungswesen. 1923 begann er bei der Deutschen Merkurbank und war danach als selbständiger Immobilien- und Versicherungsmakler tätig, bevor als Geschäftsführer großer Versicherungsunternehmen in Berlin und Hamburg arbeitete. Im November 1928 wurde Kopf als erster Sozialdemokrat zum Landrat seines Heimatkreises Hadeln ernannt. Im Oktober erfolgte die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, im November dann die Entsendung an die Regierung im schlesischen Oppeln. Dort übernahm er die Leitung der Feststellungsbehörde beim Regierungspräsidenten und die Schulabteilung der Provinz.

Nach seiner Entlassung aus dem öffentlichen Dienst 1933 war er Mitgründer eines Immobilienfinanzierungs- und Vermögensverwaltungsunternehmens mit Sitz in Berlin. Sechs Jahre später, im Oktober 1939, wurde er als Generaltreuhänder, Flüchtlingsbetreuer und Verwalter des städtischen Grundbesitzes der oberschlesischen Stadt Königshütte eingesetzt. Von 1940 bis 1943 war er Angestellter der Haupttreuhandstelle Ost. Aufgrund dieser Tätigkeit, bei der auch polnisches Vermögen beschlagnahmt worden war, stellte die polnische Regierung nach dem Krieg, im Jahr 1948, einen Auslieferungsantrag an die Britische Kontrollkommission, der jedoch vom Höheren Militärgericht in Herford zurückgewiesen wurde. In der Zeit von 1943 bis zum Kriegsende 1945 bewirtschaftete Kopf dann das Rittergut Sadow in Oberschlesien.

Nach dem Krieg gewann Hinrich Wilhelm Kopfs politische Karriere zunehmend an Stringenz. Vom 1. Mai bis zum 17. September 1945 war er, durch Ernennung der Britischen Militärregierung, Regierungspräsident von Hannover und vom 18. September 1945 bis zum 23. August 1946 Oberpräsident der Provinz Hannover. Am 23. August 1946 wandelte die Britische Militärregierung die preußische Provinz durch die Verordnung Nr. 46 in ein selbstständiges Land um und berief Hinrich Wilhelm Kopf zum Ministerpräsidenten und zum Mitglied des Ernannten Landtages. Während dieser Zeit war Kopf an den Planungen zur Errichtung eines Landes Niedersachsen maßgeblich beteiligt. Und so genehmigte die Britische Militärregierung auf Kopfs Bestreben am 23. November 1946 den Zusammenschluss des Landes Braunschweig (ohne die in der Sowjetischen Zone gelegenen blankenburgischen Gebiete), des Freistaates Oldenburg, des Landes Schaumburg-Lippe und des Landes Hannover (ohne das in der Sowjetischen Zone gelegene Amt Neuhaus) zum neuen Land Niedersachsen. Hinrich Wilhelm Kopf verfolgte hierbei eigentlich das Ziel, auch Bremen und Ostwestfalen-Lippe mit einzubeziehen, konnte sich damit aber nicht durchsetzen. Nachdem die britische Zonenverwaltung am 8. November 1946 mit der Verordnung Nr. 55 rückwirkend zum 1. November das neue Land Niedersachsen errichtet hatte, ernannten die Briten Hinrich Wilhelm Kopf am 23. November 1946 zum ersten Niedersächsischen Ministerpräsidenten. Gut zwei Wochen später wurde er am 9. Dezember auch als Mitglied in den Ernannten Niedersächsischen Landtag berufen, der ihn im Amt des Ministerpräsidenten bestätigte.

Nach der ersten Wahl zum Niedersächsischen Landtag am 20. April 1947 gehörte Kopf dem Landesparlament durchgehend bis zu seinem Tod im Jahr 1961 an. Kopf wurde sowohl vom Niedersächsischen Landtag der ersten als auch der zweiten Wahlperiode zum Ministerpräsidenten gewählt und amtierte bis zum 26. Mai 1955. Vom 11. Juni 1946 bis zum 9. Juni 1948 übte

er zugleich das Amt des Niedersächsischen Ministers des Innern aus, in den Jahren 1950 und 1951 auch das des Landwirtschaftsministers. Gemeinsam mit Adolf Grimme und Fritz Sänger arbeitete er die 1951 verabschiedete Vorläufige Niedersächsische Verfassung aus, die bis zum Jahr 1993 in Kraft blieb.

Im November 1957 kam es zu einer Änderung der Koalition, die nun aus DP (Deutsche Partei), CDU und SPD gebildet wurde. Ministerpräsident wurde der DP-Vorsitzende Heinrich Hellwege. Hinrich Wilhelm Kopf übernahm erneut das Amt des Niedersächsischen Ministers des Innern sowie die Stellvertretung des Ministerpräsidenten. Beide Positionen hatte er bis zur folgenden Landtagswahl am 12. Mai 1959 inne. Das Ergebnis dieser Wahl zum vierten Niedersächsischen Landtag ergab eine Regierungskoalition aus SPD, FDP und GB/BHE (Gesamtdeutscher Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten), diesmal erneut unter der Führung von Hinrich Wilhelm Kopf. Ein weiteres Mal zum Ministerpräsidenten gewählt, übte er das Amt schließlich bis zu seinem Tode am 21. Dezember 1961 aus. Hinrich Wilhelm Kopf verstarb in Göttingen, sein Grab befindet sich auf dem Stöckener Friedhof in Hannover.

Für seine Verdienste wurde Hinrich Wilhelm Kopf in vielerlei Hinsicht geehrt. So wurde ihm 1953 das Grokreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen, er erhielt zudem die Niedersächsische Landesmedaille, die höchste Auszeichnung des Landes. Darüber hinaus war er Ehrensenaor der damaligen Technischen Universität Hannover sowie der Tierärztlichen Hochschule Hannover. Eine weitere Ehrung besteht bis heute darin, dass der Platz vor dem Landtag in Hannover nach Hinrich Wilhelm Kopf benannt ist.

Heinrich Hellwege (1955 – 1959)

Zweiter Niedersächsischer Ministerpräsident



Geboren wurde der zweite niedersächsische Ministerpräsident Heinrich Peter Hellwege am 18. August 1908 in Neuenkirchen im Kreis Stade. Nach Abschluss der Schulzeit am humanistischen Gymnasium Athenaeum in Stade erlernte er den Beruf des Kaufmanns und war bis 1933 als Im- und Exportkaufmann in Hamburg tätig, vornehmlich im Export nach Fernostasien. Als sein Vater Schwierigkeiten mit den Nationalsozialisten bekam, übernahm er den elterlichen Betrieb in Neuenkirchen, der chemisch-technische Produkte für Landwirtschaft und Baugewerbe herstellte. Heinrich Hellwege war ein überzeugter evangelischer Christ und engagierte sich in der „Bekennenden Kirche“ und in der „Niedersächsischen Freiheitsbewegung“, die in Opposition zum NS-Regime standen. Früh war er zudem Mitglied der Deutsch-Hannoverschen Partei, deren Vorsitzender er von 1931 bis zur Auflösung der Partei im Jahr 1933 im hannoverschen Kreis Jork war. Die konservative, evangelisch geprägte und föderalistische Partei, die auch unter dem Namen „Welfenpartei“ bekannt ist, war im 1866 aus Protest gegen die Annexion des Königreiches Hannover durch Preußen und gegen die Beschlagnahmung des Welfenvermögens gegründet worden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, an dem Hellwege als Soldat der Luftwaffe teilgenommen hatte, gründete er die Niedersächsische Landespartei (NLP) maßgeblich mit und agierte als deren Landesvorsitzender von 1946 bis 1961. Nachdem das primäre Ziel der NLP, nämlich die Errichtung des Landes Niedersachsen durch die Britische Militärregierung, erreicht war, benannte sie sich 1947 in Deutsche Partei um und dehnte sich insbesondere auf die anderen norddeutschen Län-

der aus. Zu ihrem Vorsitzenden wurde Heinrich Hellwege gewählt, der bis zum 15. Januar 1961 das Amt wahrnahm.

Hellwege war 1946 durch die Britische Militärregierung zum Mitglied des Zonenbeirats bestellt worden, wurde 1947 zu dessen Stellvertretendem Vorsitzenden gewählt und gehörte ihm bis 1948 an. Er wurde durch die Militärverwaltung auch zum Mitglied des Ernannten Niedersächsischen Landtages berufen. Nach den ersten Landtagswahlen 1947 gehörte er dem Landesparlament bis zum 7. Januar 1952 und erneut von 1955 bis 1963 an.

Anschließend wurde er auf Bundesebene aktiv: Von 1949 bis zum 27. Mai 1955 war er als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Stade-Bremervörde Mitglied des Deutschen Bundestages. Dort wurde er zum Vorsitzenden der Fraktion der Deutschen Partei gewählt. Dies Amt übte er nur kurzfristig, bis zu seiner Ernennung zum Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates im Kabinett von Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer am 20. September 1949, aus. Nach den Wahlen zum dritten Niedersächsischen Landtag kehrte Hellwege dann in die niedersächsische Landespolitik zurück. DP, CDU, FDP und GB/BHE war es gelungen, eine bürgerliche Koalition zu bilden, der Hellweges als Ministerpräsident vorstehen sollte. Diese Regierung blieb in ihrer Zusammensetzung eine einmalige Konstellation: Denn obwohl die Deutsche Partei bei der Wahl nur 12,4 Prozent der Stimmen erhalten hatte und obgleich für die CDU mit 26,6 Prozent mehr als doppelt so viele Wähler gestimmt hatten, konnte sie als kleinerer Koalitionspartner den Regierungschef stellen. Damit war Heinrich Hellwege der einzige deutsche Ministerpräsident, der der Deutschen Partei entstammte.

Heinrich Hellwege schied also am Tage seiner Wahl zum Niedersächsischen Ministerpräsidenten, dem 26. Mai 1955, aus der Bundesregierung aus und übernahm die Regierung in Hannover. Zweieinhalb Jahre später, am 19. November 1957, bildete er seine Regierung um und schloss eine Koalition aus DP, CDU und SPD, die weitere zwei Jahre amtierte. Nach der Landtagswahl 1959 bildete sich dann aber eine Koalition aus SPD, FDP und GD/BHE, womit die DP aus der Regierung ausschied. Hellwege gab seinen Posten als Ministerpräsident daraufhin wieder an seinen Vorgänger Hinrich Wilhelm Kopf ab. Noch bis 1963 blieb er jedoch Mitglied des Niedersächsischen Landtages.

Für Heinrich Hellwege folgte noch eine weitere Veränderung. Im Parteiensystem hatte sich lange Zeit eine konfessionelle Aufteilung des christlich-konservativen Lagers in eine protestantische und eine katholische Partei angedeutet. Nachdem diese Frage schließlich zugunsten einer überkonfessionellen christlichen Volkspartei entschieden wurde und die Zustimmung zur DP sank, trat der bekennende Protestant Hellwege im Oktober 1961 der CDU bei. Anfang des Jahres 1979 verließ er die Union jedoch wieder, um sich der konservativen Bewegung Liberal-Konservative Aktion anzuschließen, mit der aber keine Erfolge erzielen konnte.

Heinrich Hellwege verstarb am 4. Oktober 1991 in seinem Heimatort Neuenkirchen bei Stade. Er gilt heute als einer der weniger bekannten Ministerpräsidenten Niedersachsens, doch hatte er keinen geringen Anteil an Gründung und Aufbau des Landes. In seine Regierungszeit sank die

Die Niedersächsischen Ministerpräsidenten

Arbeitslosigkeit und er begann, kleinste Dorfschulen zusammenzuführen, um so das Landschulwesen moderat an die neuen Herausforderungen anzupassen. Besonders förderte er auch die Küstenregion vom Emsland bis zum heimischen Weser-Elbe-Dreieck. Er pflegte einen überparteilichen Regierungsstil und stärkte den Zusammenhalt der damals noch wenig integrierten Landesteile. Unermüdlich warb er für eine gesamt-niedersächsische Identität.

Dr. Georg Diederichs (1961 – 1970)

Dritter Niedersächsischer Ministerpräsident



Georg Diederichs wurde am 2. September 1900 in Northeim als Sohn des Ratsapothekers geboren. Nach dem Abitur im Jahr 1918, das er in Goslar ablegte, absolvierte er eine zweijährige Lehre, um die elterlichen Apotheke übernehmen zu können. Daran schloss sich 1922 ein Doppelstudium der Staats- und Wirtschaftswissenschaften und der Pharmazie in Göttingen und Rostock an.

1924 legte er sein pharmazeutisches Staatsexamen ab und übernahm die Leitung der Northeimer Ratsapotheke. Zwei Jahre später schloss er seine volkswirtschaftlichen Studien mit dem Diplom ab. Im gleichen Jahr trat er der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) bei, dessen Mitglied er bis 1930 blieb. In diesem Jahr gab es größere Veränderungen im Leben Georg Diederichs: Zum einen wurde er von der Georg-August-Universität Göttingen zum Dr. rer. pol. promoviert und gab die Apotheke in Northeim auf, um als freier Mitarbeiter im Außendienst für ein Hamburger Arzneimittelunternehmen tätig zu sein. Zum anderen wechselte er die Partei und trat der SPD bei. Zwischenzeitlich nach Hamburg umgezogen, erhielt er 1934 eine feste Anstellung im Pharmabereich.

Während der nationalsozialistischen Herrschaft pflegte er Kontakte zu politischen Oppositionskreisen und unterstützte sozialdemokratische Gesinnungsgenossen und Studenten aus seinem Corps Hercynia sowohl organisatorisch wie auch materiell. Anfang 1935 wurde er wegen „illegaler Parteifortführung“ verhaftet und musste ein Jahr Gefängnis in Fuhlsbüttel verbringen. Im

Anschluss an seine Haft wurde er im Januar 1936 für einige Monate ins Konzentrationslager Esterwegen im Emsland gesperrt. Dank der Fürsprache seines Chefs wurde er wieder entlassen und zog nach Berlin, wo er erneut für das Pharmaunternehmen tätig wurde. In der Zeit des Zweiten Weltkrieges diente Diederichs als Sanitätssoldat bei der Wehrmacht.

Im August 1945 kehrte er nach Northeim zurück und wurde im Oktober von der britischen Besatzungsmacht als Bürgermeister eingesetzt. Damit war der erste Schritt in die Berufspolitik getan, der er sich fortan verschrieb. 1946 führten die Briten in Niedersachsen eine Trennung von politischer Führung und organisatorischer Verwaltung ein, was bedeutete, dass in das Amt des Stadtdirektors und das des Bürgermeisters unterschieden wurde. Vor die Wahl gestellt, entschied sich Georg Diederichs für das repräsentative Amt des Bürgermeisters. Noch im selben Jahr wurde er dann Landrat und wandte sich der Landespolitik zu. Nach der Bildung des Landes Niedersachsen durch die britische Militärverwaltung wurde er 1947 von dieser als Vertreter der SPD in den Ernannten Landtag berufen und amtierte bis 1955 als Stellvertretender Fraktionsvorsitzender seiner Partei. Er wurde Mitglied des Ausschusses für Wahlrechtsfragen und ab 1952 Vorsitzender des Ausschusses für Innere Verwaltung, wodurch er maßgeblichen Einfluss auf die niedersächsische Gemeindeverfassung nahm.

In den Jahren 1948 und 1949 war er auch als Delegierter des Niedersächsischen Landtages Mitglied des Parlamentarischen Rates und arbeitete so am Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland mit. Als Stellvertretender Vorsitzender der Ausschüsse für Wahlrechtsfragen und Besatzungsrecht wirkte er am ersten Wahlgesetz für die Wahlen zum Bundestag mit. Dabei trug er wesentlich zum Kompromiss eines personalisierten Verhältniswahlrechts bei.

1955 wählte ihn der Niedersächsische Landtag zu einem seiner Vizepräsidenten. Dieses Amt übte er bis zu seiner Ernennung zum Sozialminister 1957 aus, was er wiederum bis 1961 blieb. Nach dem Tode von Ministerpräsident Hinrich Wilhelm Kopf am 21. Dezember 1961 wurde Georg Diederichs dann am 29. Dezember zu dessen Nachfolger gewählt.

Nach den darauffolgenden Landtagswahlen im Mai 1963 führte er erst eine SPD/FDP – Regierung und bildete dann im Mai 1965 eine Koalition mit der CDU, welche ab Juni 1967 nach den Wahlen zum sechsten Niedersächsischen Landtag fortgeführt wurde. Am 8. Juli 1970 übergab er das Amt des Ministerpräsidenten schließlich aus Altersgründen an seinen Parteifreund Alfred Kubel.

Auch nach dem Ausscheiden aus der Politik engagierte sich Diederichs weiter bis ins hohe Alter, so war er lange Zeit Präsident des niedersächsischen Landesverbandes des Deutschen Roten Kreuzes. Im Alter von 83 Jahren verstarb Dr. Georg Diederichs am 19. Juni 1983 in Laatzen bei Hannover. Er wurde in seiner Geburtsstadt Northeim begraben. Neben seinem persönlichen Einsatz für eine demokratische politische Kultur zählen ebenso die Eingliederung einer großen Zahl von Flüchtlingen und Vertriebenen sowie die Strukturverbesserungen in ländlichen Gebieten zu seinen Verdiensten.

Alfred Kubel (1970 – 1976)

Vierter Niedersächsischer Ministerpräsident



Alfred Kubel kam 25. Mai 1909 in Braunschweig zur Welt. Er war der Sohn eines Klempners und einer Arbeiterin. Nach dem Abschluss der Mittelschule erlernte er von 1924 bis 1927 den Beruf des Drogisten in einer Braunschweiger Konservenfabrik und machte eine kaufmännische Lehre. Bevor er 1929 zu seinem Ausbildungsbetrieb als Industriekaufmann zurückkehrte, arbeitete er zwei Jahre im Großhandel. 1931 wechselte zur Firma Voigtländer und bereitete sich auf die Prüfung zum Werkmeister vor. Nachdem er diese bestanden hatte, wechselte er nach Berlin und wurde dort 1933 als Handelsreisender tätig. Ab 1934 war als Handlungsbevollmächtigter und Prokurist in der Gummiverarbeitenden Industrie beschäftigt.

Mit Beginn seiner Lehrzeit war Kubel in der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung engagiert und organisiert, zwei Jahre später, 1926, trat dem Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK) bei. Er blieb auch nach 1933 politisch aktiv und wurde deshalb im Dezember 1938 von der geheimen Staatspolizei (Gestapo) verhaftet und durch den Volksgerichtshof wegen „politisch verbotener Aktivität“ und „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Nach seiner Entlassung arbeitete er weiter in der Gummiindustrie und wurde 1944 zum „Volkssturm“ eingezogen, desertierte jedoch und tauchte bis Kriegsende 1945 unter.

Bei Kriegsende wurde er im April 1945 durch die britische Besatzungsmacht Geschäftsführer der Braunschweig GmbH. Bereits zwei Monate später übernahm er den Posten des Generaldirektors

der zur Braunschweig GmbH gehörenden Deutschen Asphalt AG der Limmer und Vorwohler Grubenfelder. Als Mitbegründer rief er 1947 die Deutsche Messe- und Ausstellungs AG in Hannover ins Leben, der er von 1951 bis 1978 als Aufsichtsratsvorsitzender diente.

Alfred Kubel trat 1945 in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ein und war bis 1948 stellvertretender Vorsitzender im Bezirksverband Braunschweig. Die britische Militärverwaltung berief ihn in den Ernannten Braunschweigischen Landtag, dem er von Februar bis November 1946 angehörte und dessen Finanzausschuss er vorsah. Am 7. Mai 1946 ernannte ihn die Besatzungsmacht, in Nachfolge von Hubert Schlebusch, zum Ministerpräsidenten des Landes Braunschweig. Dies blieb er bis zum November 1946, als das Land Braunschweig aufgelöst und mit den anderen Regionen zum neuerrichteten Land Niedersachsen vereint wurde. Kubel wurde durch die Britische Militärregierung als Mitglied des Ernannten Niedersächsischen Landtages bestellt, danach in den Ersten Landtag gewählt und gehörte dem Landesparlament anschließend zunächst bis 1955 an.

Für Kubel folgte nun eine lang andauernde Laufbahn als niedersächsischer Landesminister: Am 9. Dezember 1946 wurde er als Minister für Wirtschaft in das Kabinett von Ministerpräsident Hinrich Wilhelm Kopf berufen. Nachdem das Verkehrsressort aufgelöst und in das Wirtschaftsministerium eingegliedert worden war, führte Kubel ab dem 11. Juni 1947 die Bezeichnung Niedersächsischer Minister für Wirtschaft und Verkehr. Er wechselte am 9. Juni 1948 an die Spitze des Ressorts für Arbeit, Aufbau und Gesundheit, um am 23. August 1950 wieder die Führung des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums zu übernehmen, das ab dem 18. September 1950 zum Ministerium für Wirtschaft und Arbeit umgebildet wurde. Schließlich übernahm er zum 13. Juni 1951 das Finanzministerium, das er bis zum 26. Mai 1955 leitete. Nach der Bildung einer bürgerlichen Regierung aus Deutscher Partei, CDU, GB/BHE und FDP schied er am 26. Mai 1955 aus der Landesregierung aus. Zugleich verlor er bei der Wahl 1955 auch sein Direktmandat, weshalb er zugleich auch aus dem Landtag ausschied.

Er wechselte auf die Stelle des Leiters der Pressestelle Hannover der Nürnberger Übersee-Post, kehrte aber noch im Herbst 1955 als Nachrücker ins Parlament zurück und übernahm am 19. November 1957 erneut den Ministerposten für Wirtschaft und Arbeit im Kabinett von Heinrich Hellwege. Auch den späteren Kabinetten, die von Hinrich Wilhelm Kopf und Georg Diederichs geführt wurden, gehörte ununterbrochen an. Vom 12. Mai 1959 bis zum 19. Mai 1965 übernahm er das Amt des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, an das sich für fünf Jahre erneut das des Finanzministers anschloss.

Nach der Landtagswahl 1970 wurde Alfred Kubel am 8. Juli zum vierten Niedersächsischen Ministerpräsidenten gewählt. Anfänglich führte er eine SPD-Alleinregierung, nach den Wahlen 1974 dann eine sozialliberale Koalition, bis er 1976 aus Altersgründen zurücktrat.

Auch nach seinem Rückzug aus der Berufspolitik engagierte Alfred Kubel sich weiterhin: 1977 übernahm er den Vorsitz des Kuratoriums des Georg-Eckert-Institutes für Internationale Schulbuchforschung in Braunschweig und übte diesen bis 1985 aus. Kubel, der zweimal verheiratet war und zwei Töchter aus erster Ehe hatte, lebte lange Zeit in Braunlage und dann seit Anfang

Zehn Kurzbiografien

der 1990er Jahre mit seiner Frau Hilde in Bad Pyrmont. Dort verstarb er am 22. Mai 1999 nach langjähriger Krankheit, seine Grabstätte befindet sich auf dem Friedhof Holzhausen. Für das Land Niedersachsen hat er sich insbesondere durch die Gründung der Hannover Messe und die Neustrukturierung der Landesplanung verdient gemacht.

Dr. Ernst Albrecht (1976 - 1990)

Fünfter Niedersächsischer Ministerpräsident



Ernst Carl Julius Albrecht wurde am 29. Juni 1930 in Heidelberg als Sohn eines Arztes geboren. Nach seiner Schulzeit in Bremen, Verden und Brake studierte er Philosophie und Theologie an den Universitäten in Tübingen, Cornell (USA) und Basel, dort bei Karl Jaspers. 1950 erwarb er den Bakkalaureus-Grad und wechselte zu den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, die er in Tübingen und Bonn absolvierte. Das zweite Studium schloss er 1953 mit dem Diplomvolkswirt ab. Sechs Jahre später wurde er promoviert.

Von 1954 bis 1956 war Albrecht als Attaché beim Ministerrat der Montanunion tätig und leitete danach für zwei Jahre die Abteilung „Gemeinsamer Markt“ bei der Brüsseler Regierungskonferenz zur Ausarbeitung der Römischen Verträge. Von 1958 bis 1967 war er Kabinettschef des Kommissionsmitgliedes der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) Hans von der Groeben und im Anschluss daran arbeitete er als Generaldirektor für Wettbewerb bei der Kommission der EWG in Brüssel. 1971 wechselte Albrecht in die Wirtschaft und wurde Finanzdirektor und Geschäftsführungsmitglied der hannoverschen Keksfabrik Bahlsen.

1970 wurde Ernst Albrecht für die CDU in den Niedersächsischen Landtag gewählt und gehörte ihm bis 1990 an. 1976, als der regierende Ministerpräsident Alfred Kubel sein Amt zur Hälfte der Legislaturperiode an einen jüngeren Nachfolger abgeben wollte, wurde Albrecht, der als Kandidat der Opposition antrat, überraschend zum Niedersächsischen Ministerpräsidenten gewählt. Kubels Regierungskoalition aus SPD und FDP hatte nur eine Stimme Mehrheit im Landtag. So wurde Albrecht Niedersachsens erster CDU-Ministerpräsident und blieb dies bis 1990. Mit

einer Amtszeit von vierzehn Jahren war er damit auch der dato am längsten regierende Ministerpräsident des Landes.

Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht war einer der maßgeblichen Initiatoren der Einführung des Privaten Rundfunks in Deutschland. 1983 erreichte er auch die Zulassung privater Fernsehsender. Zusammen mit dem technologischen Fortschritt führte dies zu einem Anwachsen der Medien- und Kommunikationsbranche. In Albrechts Regierungszeit fiel auch die Diskussion um den Standort eines atomaren Entsorgungslagers in Gorleben. Bis 1990 schaffte er es zudem, die Nettoneuverschuldung des Landes erheblich zu senken, einen stabilen zweiten Platz beim Wachstum des Sozialproduktes zu erreichen und – trotz des Zuzugs vieler Aus- und Übersiedler - die Zahl der Erwerbslosen zu reduzieren. Untrennbar mit seinem Namen ist auch die Aufnahme und humanitäre Hilfe für die vietnamesischen Bootsflüchtlinge in den 1970er Jahren verbunden, die in Niedersachsen eine neue Heimat gefunden haben.

Ein enges Verhältnis zur Heimat lag Ernst Albrecht stets am Herzen, so setzte er sich für die Entwicklung der Dörfer und des ländlichen Raumes ein und initiierte den Tag der Niedersachsen als Fest zur Stärkung der Landesidentität mit ihrer besonderen Vielfalt. Es war sein Bestreben, auch ausländischen Investoren die Wege nach Niedersachsen zu ebnen. Dafür gründete er 22 wirtschaftsnahe Forschungsinstitute, deren Ziel auch ein verbesserter Technologietransfer war. Seinem Einsatz ist es zu verdanken, dass zum Jahrtausendwechsel die Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover stattfand. Als Ministerpräsident eines Grenzlandes zur damaligen DDR trat Ernst Albrecht konsequent für die Wiedervereinigung Deutschlands ein, für die einheitliche deutsche Staatsbürgerschaft und für die zentrale Erfassungsstelle von Unrecht in Ostdeutschland in Salzgitter.

Nach dem Ausscheiden aus dem Amt des Ministerpräsidenten engagierte er sich ab 1990 in Sachsen-Anhalt, wo er in Thale im Ostharz als Aufsichtsratsvorsitzender und zeitweiliger Eigentümer die Eisen- und Hüttenwerk Thale AG leitete. Mehr als eintausend Arbeitsplätze konnten damals gerettet werden. Über zehn Jahre unterstützte er zudem die Regierung der Republik Kirgistan beim Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates und in wirtschaftlichen und sozialen Fragen. Darüber hinaus setzte er sich auch humanitär für die Menschen in dem zentralasiatischen Land ein.

Der überzeugte Protestant Ernst Albrecht ist ein Mensch, dem seine Familie immer sehr wichtig war. Er war seit 1953 mit der promovierten Germanistin Heidi Adele Stromeyer verheiratet, die 2002 verstorbenen ist. Zusammen haben sie fünf Söhne und zwei Töchter, darunter die heutige Bundesministerin Ursula von der Leyen.

Gerhard Schröder (1990 – 1998)

Sechster Niedersächsischer Ministerpräsident



Am 7. April 1944 wurde Gerhard Schröder im Kreis Lippe in Nordrhein-Westfalen als zweites Kind von Erika und Fritz Schröder geboren. Seinen Vater lernte er nie kennen, da dieser im Herbst desselben Jahres an der Ostfront fiel. Gerhard Schröder hat eine Schwester und drei Halbgeschwister aus einer zweiten Ehe der Mutter.

Er ging zunächst von 1951 bis 1958 zur Volksschule und absolvierte anschließend eine dreijährige Lehre zum Einzelhandelskaufmann. Daraufhin entschied er sich für den Zweiten Bildungsweg und besuchte, mittlerweile in Göttingen lebend, nach der Arbeit die Abendschule. 1965 bestand er am Westfalen-Kolleg in Bielefeld das Abitur.

Danach schrieb er sich an der Universität Göttingen für das Studium der Rechtswissenschaften ein, das er 1974 mit dem Ersten und zwei Jahre später mit dem Zweiten Staatsexamen abschloss. Es zog ihn dann nach Hannover, wo er bis zu seiner Wahl zum Niedersächsischen Ministerpräsidenten als Rechtsanwalt in einer Kanzlei arbeitete.

Schon 1963 war Schröder der SPD beigetreten. 1971, als Student, übernahm er den Vorsitz der Jungsozialisten (Jusos) des Bezirks Hannover. Im Jahr 1978 wurde er für zwei Jahre Bundesvorsitzender der Parteijugendorganisation. 1980 kandidierte er dann erstmals erfolgreich für den Bundestag, dessen Mitglied er zunächst sechs Jahre lang blieb.

1986 kehrte er schließlich in die niedersächsische Landespolitik zurück und trat bei der anstehenden Landtagswahl als Spitzenkandidat der SPD an. Es gelang ihm zwar, das Wahlergebnis der SPD zu verbessern, für eine Regierungsmehrheit reichte das Ergebnis von 42,1 Prozent je-

doch nicht. Dennoch blieb Schröder in Hannover und wurde Fraktionsvorsitzender der niedersächsischen SPD und Oppositionsführer im Landtag, dem er bis 1998 angehörte.

Eine Legislaturperiode später schaffte Gerhard Schröder es schließlich an die Regierungsspitze. Eine Koalition aus SPD und Grünen wählte ihn am 21. Juni 1990 zum Niedersächsischen Ministerpräsidenten. Sowohl bei der Landtagswahl im Jahr 1994 als auch 1998 gelang ihm daraufhin die Wiederwahl. Seine dritte Amtszeit als niedersächsischer Regierungschef beendete er jedoch vorzeitig, nach nur einem halben Jahr, um als neu gewählter Bundeskanzler nach Bonn zu wechseln.

Schröders Ministerpräsidentschaft war durch einen pragmatischen Politikstil gekennzeichnet. Mit seinen Koalitionspartnern, den Grünen, setzte er sich für eine Neuausrichtung der Energiepolitik ein. Nach der Wiederwahl 1994 konnte Schröder dann eine SPD-Alleinregierung anführen. In der darauffolgenden Legislaturperiode setzte er insbesondere einen strikten Sparkurs für das Land Niedersachsen durch. Von 1994 bis 1998 war Gerhard Schröder nicht nur Ministerpräsident, sondern auch Vorsitzender der niedersächsischen SPD. Von November 1997 bis Oktober 1998 hatte er zudem turnusgemäß die Bundesratspräsidentschaft inne.

Als SPD und Grüne bei der Bundestagswahl 1998 eine Regierungsmehrheit bilden konnten, tauschte Gerhard Schröder die Niedersächsische Staatskanzlei gegen das Bundeskanzleramt in Bonn ein. 2002 wurde er erneut als Bundeskanzler einer rot-grünen Koalition wiedergewählt. Nachdem Angela Merkel 2005 Schröders Nachfolge antreten konnte, legte dieser auch sein Bundestagsmandat nieder und schied gänzlich aus der Berufspolitik aus. Er arbeitete stattdessen wieder als Rechtsanwalt und übte seitdem darüber hinaus verschiedene Funktionen in der Wirtschaft aus.

Schröder setzt er sich als Schirmherr des Vereins „GesichtZeigen“ gegen Rechtsextremismus ein. Außerdem umfasst sein gesellschaftliches Engagement unterschiedliche Aspekte seiner Leidenschaft für Sport, insbesondere für den Fußball. So ist er Ehrenmitglied des Deutschen Fußballbundes und des Fußballclubs Borussia Dortmund. Schröder trägt zudem vier Ehrendokortitel, verliehen durch verschiedene internationale Universitäten, und erhielt 2007 in Berlin den Quadriga-Preis als Auszeichnung für besonderes Engagement für Aufbruch, Erneuerung und Pioniergeist.

Er ist seit 1997 mit der Journalistin Doris Schröder-Köpf verheiratet. Sie leben mit einer Stieftochter und zwei russischen Adoptivkindern in Hannover, wo Gerhard Schröder seit 2006 Ehrenbürger ist.

Gerhard Glogowski (1998 - 1999)

Siebenter Niedersächsischer Ministerpräsident



Geboren wurde Gerhard Glogowski am 11. Februar 1943 in Hannover. Da sein Vater im Dienst der SPD-Politiker Herbert Wehner und Erich Ollenhauer stand, verbrachte er große Teile seiner Kindheit in Bonn, in einem sozialdemokratisch geprägten Umfeld: Nicht selten kam es vor, dass er für Kurt Schmumacher den Rasen mähte oder im Hause Wehner Schulaufgaben machte. Nach dem Besuch der Volksschule absolvierte Gerhard Glogowski in Bonn eine Lehre zum Werkzeugmacher. Nebenher besuchte er eine Abendschule, um das Abitur zu erlangen. Im Anschluss studierte er an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg und schloss dort als Diplom-Volkswirt ab.

1960 wurde er Mitglied der Industriegewerkschaft Metall, ein Jahr später trat er der SPD bei. 1966 übernahm der damals 23-jährige sein erstes kommunalpolitisches Amt als Ratsherr der damaligen Gemeinde Waggum, die heute Teil der Stadt Braunschweig ist. Fortan war Glogowski, obwohl in Hannover geboren und in Bonn aufgewachsen, ein begeisterter Braunschweiger.

1968 wurde er zum Fraktionsvorsitzenden der SPD in Waggum gewählt und behielt diese Funktion, bis er 1972, mit gerade einmal 29 Jahren, zum Bürgermeister der Gemeinde gewählt wurde. Gleichzeitig wurde er Kreistagsabgeordneter des Landkreises Braunschweig und außerdem zum Leitenden Geschäftsführer des Bezirks Braunschweig der SPD bestimmt. Weitere vier Jahre später, im Jahr 1976, erlangte er das nächste kommunalpolitische Amt: Er wurde ehrenamtlicher Oberbürgermeister Braunschweigs, der zweitgrößten Stadt Niedersachsens. Die Wahl machte

ihn zum damals jüngsten Oberbürgermeister der Bundesrepublik. Er blieb bis 1981 in diesem Amt und nahm es dann erneut von 1986 bis zum 11. September 1990 wahr.

1978 wurde Gerhard Glogowski erstmals in den Niedersächsischen Landtag gewählt und gehörte diesem von der 9. bis zur 14. Wahlperiode ununterbrochen an. Ab 1984 fungierte er als stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, bis er am 21. Juni 1990 zum Niedersächsischen Innenminister ernannt wurde. Als Innenminister im Kabinett von Ministerpräsident Gerhard Schröder war er zugleich dessen Stellvertreter, beide Ämter hatte er bis zum 28. Oktober 1998 inne.

Nach der Wahl Gerhard Schröders zum Bundeskanzler wählte der Niedersächsische Landtag Gerhard Glogowski am 28. Oktober 1998 zu dessen Nachfolger im Amt des Ministerpräsidenten. In der SPD galt er als Vertreter des traditionellen Arbeitnehmerflügels, was sich auch daran zeigte, dass er schon kurz nach seiner Wahl zum Regierungschef das „Bündnis für Arbeit“ zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit ins Leben rief. Die Förderung der Industrie und der Produktionsbedingungen standen im Mittelpunkt seiner Regierungszeit. Außerdem stand für ihn immer das Thema Bildung im Zentrum seiner Arbeit. Seine eigene Biografie brachte ihn zu der Überzeugung, dass der Staat gleiche Bildungschancen für alle bieten sollte. Nicht die soziale Herkunft, sondern die Leistung sollte seiner Ansicht nach über Aufstieg und Karriere entscheiden. Neben seinen politischen Ämtern war Glogowski zudem Mitglied diverser Aufsichtsräte von öffentlichen und halböffentlichen Unternehmen, allein über zwanzig Jahre lang war er im Aufsichtsrat der Salzgitter AG.

Nach seinem Rücktritt und dem Ausscheiden aus dem Amt des Ministerpräsidenten am 4. Dezember 1998 widmete er sich dem ehrenamtlichen Engagement für den Fußballsport in seiner Heimatstadt Braunschweig. Gerhard Glogowski hatte sich schon früher für die Belange des Braunschweiger Turn- und Sportvereins von 1895 e.V. (Eintracht Braunschweig) eingesetzt. Von 2000 bis 2007 war er Präsident des Vereins, der in im Dezember 2007 zu seinem Ehrenpräsidenten ernannte. Im Dezember 1994 ernannte ihn die Technische Universität Carola-Wilhelmina zu Braunschweig zum Ehrensensator. Am 11. Februar 2008 verlieh ihm die Stadt Braunschweig die Ehrenbürgerwürde. Gerhard Glogowski ist mit Dr. Marianne Horstkötter-Glogowski verheiratet und hat aus erster Ehe eine Tochter und einen Sohn.

Sigmar Gabriel (1999 - 2003)

Achter Niedersächsischer Ministerpräsident



Sigmar Gabriel wurde am 12. September 1959 als Sohn eines Kommunalbeamten und einer Krankenschwester in Goslar geboren, wo er auch aufwuchs und die Schule besuchte. Nach dem Abitur 1979 am Ratsgymnasium leistete er seinen Wehrdienst als Zeitsoldat bei der Luftwaffe in Goslar und Faßberg bis 1981. Danach begann er 1982 in Göttingen das Studium der Fächer Deutsch, Politik und Soziologie für das Lehramt an Gymnasien. Dieses beendete er 1987 mit dem Ersten Staatsexamen, an das sich das zweijährige Referendariat am Christian-von-Dohm-Gymnasium in Goslar und das Zweite Staatsexamen anschlossen. Von 1983 bis 1988 war er gleichzeitig als Dozent der politischen Erwachsenenbildung der Gewerkschaften IG Metall und ÖTV (Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr) tätig. 1989 nahm er eine Stelle als Lehrer der beruflichen Erwachsenenbildung beim Bildungswerk Niedersächsischer Volkshochschulen in Goslar an.

Bereits als Schüler betätigte Gabriel sich politisch: Von 1976 bis 1989 war er Mitglied der Jugendorganisation Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken. Er engagierte sich als Ortsvorsitzender in der Kinder- und Jugendarbeit und setzte sich gegen rechtsextreme Jugendbewegungen in seiner Heimatregion ein.

1977 trat er der SPD bei, zwei Jahre später der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr. 1987 übernahm er politische Verantwortung, als er erstmals als Abgeordneter in den

Kreistag des Landkreises Goslar gewählt wurde, dem er anschließend bis 1998 angehörte. Von 1991 bis 1999 war er auch Ratsherr der Stadt Goslar.

Ab 1990 gehörte er dem Niedersächsischen Landtag an und blieb dessen Mitglied bis zu seiner Wahl in den Deutschen Bundestag 2005. Dort brachte er sich in zahlreichen Ausschüsse ein: In den ersten vier Jahren im niedersächsischen Parlament war er Mitglied in den Ausschüssen für Umweltfragen, für Soziales und für Wirtschaft, in den Jahren 1994 bis 1998 gehörte er dann dem Innenausschuss, dem Kultusausschuss sowie dem Ausschuss für den Verfassungsschutz an. Ab 1994 war er zudem innenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, bevor diese ihn zum stellvertretenden Vorsitzenden wählte. Dies blieb er bis März 1998, als er zum Fraktionsvorsitzenden bestimmt wurde. Am 15. Dezember 1999 übernahm er von seinem Vorgänger Gerhard Glogowski das Amt des Niedersächsischen Ministerpräsidenten und übte dies bis Februar 2003 aus.

Er war damit der bis dahin jüngste Ministerpräsident Deutschlands. Während seiner Amtszeit fand in Hannover die Weltausstellung EXPO 2000 statt, durch die die niedersächsische Landeshauptstadt ihre Weltoffenheit präsentierte.

Nach der Landtagswahl 2003 veränderte sich die Regierungsmehrheit im Niedersächsischen Parlament: Es bildete sich eine christdemokratisch-liberalen Koalition, woraufhin das Ministerpräsidentenamt wechselte. Sigmar Gabriel übte noch bis zu den Bundestagswahlen 2005 den Vorsitz der SPD-Landtagsfraktion aus. Seit 2005 ist er Abgeordneter des Wahlkreises Salzgitter-Wolfenbüttel zum Deutschen Bundestag. Vom 22. November 2005 bis zum 27. Oktober 2009 nahm er zudem im Kabinett der Großen Koalition von Angela Merkel das Amt des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit wahr. Seit 2009 ist er Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Er ist zudem Mitglied des Kuratoriums der Schülerstiftung Schüler Helfen Leben, die in den Staaten des ehemaligen Jugoslawien Bildungs- und Demokratietarbeit leistet.

Christian Wulff (2003 -2010)

Neunter Niedersächsischer Ministerpräsident



Christian Wilhelm Walter Wulff wurde am 19. Juni 1959 in Osnabrück als zweites Kind von Rudolf und Dagmar Wulff geboren. Wulff besuchte die Elisabethenschule und ging dann auf das Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasium in Osnabrück. Im Alter von 16 Jahren pflegte Wulff seine inzwischen an Multipler Sklerose erkrankte Mutter und half bei der Erziehung seiner jüngeren Schwester mit. Bereits während seiner Schulzeit engagierte sich Wulff politisch. Er trat bereits als Jugendlicher der CDU bei und war Mitglied der Schüler Union, deren Bundesvorsitz er 1978 übernahm.

Nach dem Abitur begann er 1980 ein Studium der Rechtswissenschaften mit wirtschaftswissenschaftlichem Schwerpunkt an der Universität Osnabrück. Die Zeit seines Studiums war, wie bereits seine Schulzeit, von politischer Aktivität geprägt. Wulff engagierte sich für die Junge Union und war von 1979 bis 1983 Mitglied des Bundesvorstandes. Zudem war er zwei Jahre lang Landesvorsitzender der Jungen Union Niedersachsen. 1984 wurde er Mitglied im niedersächsischen CDU-Landesvorstand. Zwei Jahre später heiratete Christian Wulff Christiane Vogt, mit der er eine gemeinsame Tochter, Annalena, hat. Nach dem Abschluss des Zweiten Staatsexamens arbeitete er ab 1990 in einer Anwaltskanzlei in Osnabrück.

Zeitgleich verfolgte er auch seine politische Laufbahn weiter: Wulff wurde 1986 Mitglied im Rat der Stadt Osnabrück für die CDU und blieb dies bis 2011. Von 1989 bis 1994 hatte er dort auch den Fraktionsvorsitz inne. Im März 1993 wurde Wulff dann Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion und schließlich im Juni desselben Jahres zum CDU-Landesvorsitzenden Nieder-

sachsens gewählt. Nach dem Wahlsieg der CDU wurde Christian Wulff schließlich am 4. März 2003 vom Landtag zum Niedersächsischen Ministerpräsident gewählt.

Zu Beginn seiner Amtszeit setzte Wulff einige Änderungen in der Schulpolitik durch. So schaffte seine Regierung die Orientierungsstufe in Niedersachsen ab und verkürzte das Gymnasium von neun auf acht Jahre. Außerdem wurde ein Zentralabitur in Niedersachsen eingeführt. Ebenso war Wulff um die innere Sicherheit des Landes besorgt und ließ deshalb mehr Polizisten als zuvor einstellen. Ein zusätzlicher Pfeiler seiner Politik war die Verwaltungsreform für Niedersachsen. Wulff förderte die interkommunale Zusammenarbeit, er ließ die Bezirksregierungen abschaffen und führte eine zweistufige Landesverwaltung ein. Ein weiteres bedeutendes Anliegen lag für Wulff darin, in Niedersachsen eine konsequente Sparpolitik einzuführen.

Bei den Landtagswahlen 2008 war Wulff erneut Spitzenkandidat der niedersächsischen CDU und wurde am 26. Februar 2008 als Ministerpräsident wiedergewählt

In seiner zweiten Amtszeit als Niedersächsischer Ministerpräsident nahm Wulff eine Kabinetts-umbildung vor, die vier der sieben CDU-geführten Ministerien betraf. Am 27. April 2010 wurden die neuen Minister ernannt und vom Landtag bestätigt.

Die 14. Bundesversammlung wählte Christain Wulff am 30 Juni 2010 zum zehnten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland. So wechselte er im Sommer 2010 von Hannover ins Schloss Bellevue nach Berlin. Am 17. Februar 2012 gab er seinen Rücktritt vom Amt des Staatsoberhauptes bekannt.

Christian Wulff hat zahlreiche gesellschaftliche Ämter inne und erhielt für seine Verdienste mehrere Auszeichnungen. Er ist einer der Schirmherren der Initiative Schüler Helfen Leben, ebenso ist er seit 2001 Schirmherr der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft. Ihm wurden zwei Ehrendokortitel verliehen: von der Tongji-Universität im chinesischen Shanghai sowie von der Universität Tokyo-Tsukuba in Japan. Während seiner Zeit als Ministerpräsident war er außerdem im Aufsichtsrat der Volkswagen AG.

2011 wurde ihm durch den Zentralrat der Juden in Deutschland der Leo-Baeck-Preis verliehen. Diesen erhalten Personen, die sich auf hervorragende Weise für die jüdische Gemeinde in Deutschland eingesetzt haben. Im selben Jahr wurde ihm die Ehrenmedaille des Deutschen Sportbundes zugesprochen.

Christian Wulff ist in zweiter Ehe mit Bettina Körner verheiratet, gemeinsam haben sie einen 2008 geborenen Sohn.

David McAllister (seit 2010)

Zehnter Niedersächsischer Ministerpräsident



David McAllister wurde am 12. Januar 1971 in West-Berlin als Sohn eines britischen Militärangehörigen und einer deutschen Lehrerin geboren. Sein Vater war während des Kalten Krieges in Deutschland stationiert und stammt ursprünglich aus dem schottischen Glasgow. Gemeinsam mit seinen beiden älteren Schwestern wuchs David McAllister zweisprachig in einer britischen Siedlung in Berlin auf. Dort besuchte er von 1975 bis 1979 die Charlottenburg First School, von 1979 bis 1982 dann die Wald-Grundschule in Berlin, bis die Familie 1982 nach Niedersachsen, nämlich nach Bad Bederkesa im Landkreis Cuxhaven, zog. Nach dem Besuch des Niedersächsischen Internatsgymnasiums in Bad Bederkesa und dem erfolgreichen Abitur im Jahr 1989 verpflichtete sich McAllister als Zeitsoldat bei der Bundeswehr. Dort war er von 1989 bis 1991 beim Panzerbataillon 74 in Cuxhaven-Altenwalde stationiert. Bereits ein Jahr zuvor war McAllister der CDU beigetreten.

Nach seiner Zeit bei der Bundeswehr begann McAllister ein Studium der Rechtswissenschaften in Hannover, für das er ein Stipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung erhielt. Während seines Studiums engagierte er sich weiterhin für die CDU, von 1991 bis 1994 war er Kreisvorsitzender der Jungen Union Cuxhaven. Im Jahr 1996 legte er in Hannover das Erste juristische Staatsexamen ab und wurde zudem Mitglied im Rat von Bad Bederkesa und im Kreistag von Cuxhaven. 1998 folgte dann das Zweite Staatsexamen, woraufhin McAllister begann, als Rechtsanwalt zu arbeiten. Seit demselben Jahr ist McAllister auch Mitglied des Niedersächsischen Landtages. 2001 wurde er zum Bürgermeister von Bad Bederkesa gewählt. Genau wie seine Ratsmitgliedschaft behielt er diesen Posten bis zum Jahr 2002. Anschließend verlagerte sich sein politisches Enga-

gement auf die Landesebene: Die niedersächsische CDU machte McAllister zu ihrem Generalsekretär, bevor er schließlich 2003 Vorsitzender der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag übernahm. Im selben Jahr wurde McAllister dann auch als Abgeordneter des Wahlkreis Hadeln/Bederkesa direkt in den Landtag gewählt und 2008 wiedergewählt. 2008 wurde er Landesvorsitzender der CDU Niedersachsen und zwei Jahre später beim folgenden Landesparteitag mit großer Mehrheit zum Vorsitzenden wiedergewählt.

Nachdem die Bundesversammlung Christian Wulff am 30. Juni 2012 zum Bundespräsidenten gewählt hatte, wurde David McAllister am 1. Juli 2010 vom Niedersächsischen Landtag als dessen Amtsnachfolger bestimmt. McAllisters Landesregierung verzeichnete in Niedersachsen schnell Erfolge. Es konnten zum Beispiel neue Stellen auf dem Arbeitsmarkt geschaffen werden, so dass Niedersachsen bald die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 1992 aufwies.

Auch das Thema Bildung hat für den amtierenden Ministerpräsidenten einen großen Stellenwert. Deshalb führte er die Oberschule ein und fördert unter anderem den Ausbau der frühkindlichen Bildung. Außerdem setzt sich Ministerpräsident McAllister für ein qualitätsorientiertes Schulwesen in Niedersachsen ein. Ein weiterer zentraler Punkt seiner Politik ist die Energiewende, die eine große Chance für Niedersachsen darstellt. So ist Niedersachsen als führendes Land der erneuerbaren Energien ein wichtiger Bestandteil des neuen Energiekonzepts.

David McAllister ist Aufsichtsratsmitglied der Volkswagen AG. Er ist zudem Mitglied des Bundesrats sowie des Präsidiums der CDU Deutschland und gehörte der 12., 13. und 14. Bundesversammlung an. Am 15. Juni 2012 erhielt David McAllister in der britischen Botschaft in Berlin in einer feierlichen Zeremonie die Ehrendoktorwürde der Universität Edinburgh. Die schottische Universität verlieh dem niedersächsischen Ministerpräsidenten die akademische Ehrung in Anerkennung seines Einsatzes für die europäische Integration und die deutsch-britische Zusammenarbeit im Energiebereich.

Seit 2003 ist David McAllister mit seiner Frau Dunja, geborene Kolley, verheiratet. Sie leben mit ihren beiden Töchtern Jamie Elizabeth und Mia Louise in Bad Bederkesa.

Herausgegeben von der

Presse- und Informationsstelle der
Niedersächsischen Landesregierung
Planckstraße 2
30169 Hannover

www.niedersachsen.de
www.stk.niedersachsen.de

Folgen Sie uns aus **TWITTER**. Unter **@NDSLandesReg** erhalten Sie die neuesten Informationen der Niedersächsischen Landesregierung.

Diese Publikation darf wie alle Publikationen der Niedersächsischen Landesregierung, nicht zur Wahlwerbung in Wahlkämpfen verwendet werden.

